



Kirchheim-Teck



Kirchheim/Teck



Kirchheim unter Teck

Frauenliste:



Kirchheim/Teck



Kreis Esslingen



Kreisverband ES-NT



Kirchheim unter Teck



Offene Kirche JK
Evangelische Vereinigung in Württemberg
Bezirk Kirchheim-Nürtingen



INTERNATIONALE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG
Kirchheim/Teck

Kirchheim und Lemminger Tal



TECKWERKE BÜRGERENERGIE



FREUNDE DER ERDE
KIRCHHEIM



Deutsche Friedensgesellschaft
Vereingte Kreisgruppen Neckar-Fils



**FREIHANDELSABKOMMEN
EU-USA:
KONZERNE PROFITIEREN,
MENSCHEN VERLIEREN**



**TTIP
und die Folgen**

Kundgebung mit

- > **SARAH HÄNDEL**
(Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA)
- > **MARIA HEUBUCH**
(DIE GRÜNEN, Mitglied des Europaparlaments)
- > **KARIN BINDER**
(DIE LINKE, Mitglied des Bundestags)

**Samstag 25. Juli, 12.00 Uhr
vor dem Rathaus
Kirchheim/Teck**



Gute Gründe gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA

Derzeit verhandeln die EU und die USA den Handels- und Investitionsvertrag TTIP, CETA, ein ähnliches Abkommen mit Kanada, steht vor der Ratifizierung. Bei den gleichzeitig laufenden TISA-Verhandlungen geht es darum, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren. Diese Abkommen drohen, Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt- und Verbraucherschutz zugunsten von Wirtschaftsinteressen auszuhebeln. Profitieren werden dabei vor allem große Konzerne, zum Nachteil des Gemeinwohls.

SONDERKLAGERECHTE NUR FÜR KONZERNE

Die Abkommen räumen Konzernen das Recht ein, Staaten vor privaten Schiedsstellen zu verklagen. Dadurch würde eine unkontrollierbare Paralleljustiz zu staatlichen Gerichten geschaffen. Konzerne können vor diesen Schiedsstellen gegen Regelungen vorgehen, durch die sie ihre Investitionen und Gewinne beeinträchtigt sehen. Gesetze, die dem Gesundheits-, Verbraucher- oder Umweltschutz dienen, könnten dadurch ausgehebelt - oder verhindert - werden.

In vielen bereits abgeschlossenen Fällen wurden Staaten zu Strafzahlungen in Millionen- oder sogar Milliardenhöhe verurteilt. Die Kosten tragen die Steuerzahler/innen. Derzeit geht beispielsweise Philipp Morris mit einer Investitionsschutzklage gegen den Staat Uruguay vor, weil das Land strengere Raucherschutzgesetze erlassen hat. Der Tabakkonzern verlangt wegen der behaupteten Entwertung seiner Anlagen rund 2 Milliarden Dollar Schadensersatz.

Die Klagen sollen - so ist es bei TTIP und CETA vorgesehen - unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Berufungsmöglichkeit verhandelt werden. Erfahrungen zeigen, dass sich Parlamente aus Angst vor solchen Verfahren selbst beschränken, wenn es darum geht, Gesetze zum Schutz von Menschen und Umwelt zu verabschieden.

NOCH MEHR MACHT FÜR KONZERNLOBBYS

US- und kanadische Behörden sollen ein Mitspracherecht bei neuen handelsrelevanten Regelungen bekommen. Dazu soll ein Regulationsrat eingeführt werden, der sich eng mit betroffenen Industrievertretern bespricht, bevor Gesetze zum Schutz des Gemeinwohls erlassen werden.

ABBAU VON VERBRAUCHERSCHUTZ

Bei den Abkommen geht es darum, Handelshemmnisse abzubauen, auch wenn es sich dabei um Standards handelt, die dem Schutz von Umwelt und Gesundheit dienen. Das könnte bedeuten, dass Risikotechnologien wie Gentechnik und Fracking in Europa Einzug halten. Zudem würde es in Zukunft schwieriger werden, unserer Standards zu erhöhen, z. B. strengere Tierschutzgesetze einzuführen. Zum einen weil der Regulierungsrat als Frühwarnsystem für Lobbyisten dienen würde, zum anderen weil teure Konzernklagen vor privaten Schiedsgerichten drohen würden.

PROFITE AUS ÖFFENTLICHEN DIENSTEN

Staatliche Kulturförderung oder die Buchpreisbindung sind in Gefahr, als Handelshemmnis oder unerlaubte Bevorzugung deklariert und abgeschafft zu werden.

Die TISA-Verhandlungen haben zum Programm, dass alle beteiligten Staaten sämtliche Dienstleistungssektoren (z.B. Gesundheits-, Wasser-, Energieversorgung und Bildung), sofern sie nicht bei den Verhandlungen mühsam als Ausnahme deklariert werden, liberalisieren und international ausschreiben müssen, so dass private Unternehmen in all diesen Bereichen gewinnorientiert agieren können.

Die Folgen der Privatisierungen in den vergangenen Jahrzehnten waren schlechtere Leistungen und höhere Gebühren für die BürgerInnen, Verlust von Arbeitsplätzen, Senkung des Lohnniveaus, Sparen an der Infrastruktur und damit auch der Sicherheit.

BÜRGERINNEN UND PARLAMENTE BLEIBEN AUSSEN VOR

Die Verhandlungen führt allein die EU-Kommission – im Geheimen. Das EU-Parlament stimmt am Ende nur über den fertigen Vertragstext ab, ändern kann es nichts mehr. Gleiches gilt für die nationalen Parlamenten.

Üblicherweise gelten Investitionsschutzverträge 20 Jahre und länger – damit können sie durch künftige Parlamentsbeschlüsse und Volksentscheide nicht mehr ohne weiteres geändert werden.

TTIP UND DER GLOBALE SÜDEN

Die Freihandelszone zwischen der EU und den USA wird erhebliche Folgen für Schwellen- und Entwicklungsländer haben. Viele dieser Länder werden Marktanteile verlieren. Diejenigen, die auf den neuen transatlantischen Markt wollen, werden dem Anpassungsdruck zum Opfer fallen. Menschen, die dann im eigenem Land noch weniger eine Erwerbsgrundlage vorfinden, werden sich vermehrt in den „reichen Norden“ aufmachen.

Mit TTIP rückt eine gerechte Weltwirtschaftsordnung noch weiter in die Ferne.

Weitere Infos und Online unterschreiben unter:
www.stop-ttip.org

Spendenkonto:

Heinz Pötzl - Kirchheimer Bündnis gegen TTIP
Kt.-Nr. 4619394 BLZ 600 501 01 BW Bank
IBAN DE 86 6005 0101 0004 6193 94
BIC/SWIFT SOLADEST



V.i.S.d.P.
Heinz Pötzl
Am Kegelesbach 7
73230 Kirchheim/Teck
07021-861150